

Traditionelle und alternative Energie in den Gemeinden

Gerade Umwelttechnologien erweisen sich als krisenfest

Beim Thema Energie stellt sich nicht nur die Frage nach der Art der Energie. Ganz wesentlich in dem Zusammenhang ist die verwendete Technik. KOMMUNAL sprach darüber und über den Stand der Forschung auf diesem Feld mit Technologieministerin Doris Bures.

Frau Bundesminister, der Aufwärtstrend der letzten Jahre bei Biomasse, Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen wurde zuletzt stark gedämpft. Wie entwickelt sich der Markt derzeit?

Es stimmt, dass im Bereich Umwelttechnologien im Vorjahr der starke Aufwärtstrend gedämpft wurde. Aber ich würde da eher den positiven Aspekt sehen: Andere Wirtschaftsbereiche sind real zurückgegangen, bei den erneuerbaren haben wir trotz Wirtschaftskrise weitgehend das Produktionsniveau gehalten, und das auf einem hohen Niveau. Umwelttechnologien erweisen sich als sehr krisenfest.

Für ganz wesentlich halte ich Energieeffizienz. Und das betrifft alle Bereiche, vom Fuhrpark bis zu den öffentlichen Gebäuden.

... über das Potenzial kommunaler Energiepolitik

Und alle Prognosen lassen auf weiteres Wachstum schließen. Weil wir es hier mit einem globalen Trend hin zu erneuerbaren Energien zu tun haben, und die heimischen Unternehmen in der Umwelttechnikindustrie sind da wirklich gut aufgestellt.

Soweit wir wissen, hat Österreich in den Bereichen Solarenergie und Photovoltaik gute Marktwerte und Energieleistungen. Warum hinken die Bereiche Biomasse und Wärmepumpen hinten nach?

Bei den Wärmepumpen und Pelletkesseln erklärt sich die

schwierige Marktentwicklung im Vorjahr zum einen durch den relativ niedrigen Heizölpreis und durch Förderaktionen für Ölheizungen durch die Mineralölindustrie. Bei der Biomasse gab es mit Ausnahme der Pelletskessel in allen Bereichen eine Steigerung. Biomasse hat beim erneuerbaren Endenergieverbrauch einen sehr hohen Anteil. Auch auf den internationalen Märkten sind Österreichs Unternehmen sehr präsent. 70 Prozent der Produktion geht in den Export; allein in Deutschland kommen zwei von drei Biomassekessel bis 100 kW aus österreichischer Produktion.

Die Bilder aus dem Golf von Mexiko haben die Öffentlichkeit wieder für die Gefahren durch Öl und Gas sensibilisiert. Wie sieht Ihr Zugang zu diesen derzeit noch unverzichtbaren Energieformen aus?

Ich glaube, da sind sich letztlich alle einig: Mittel- und langfristig müssen die Planungen dahin gehen, dass wir zu einem Wirtschafts- und Verkehrssystem kommen, das nicht hauptsächlich von Erdöl angetrieben ist. Dazu sehe ich keine Alternative. Wegen Klima- und Umweltschutz und weil die fossilen Rohstoffe knapper und damit immer teurer werden. Und da macht es keinen großen Unterschied, ob der sogenannte Peak-Oil ein paar Jahre früher oder später erreicht wird. Denn Sie sagen es, die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko führt uns vor Augen, dass die Ausbeutung der

noch vorhandenen Reserven immer riskanter wird für Mensch und Umwelt. Daher setze ich voll auf Energieeffizienz und die Entwicklung neuer Technologien. Die größte Ressource, die wir haben, liegt im Energiesparen. Mein Ressort investiert heuer 55 Millionen Euro in die Energieforschung, 40 Millionen Euro in die Elektromobilität. Ich sage Ihnen auch, warum das so wichtig ist: Indem man die Einsparungspotenziale nutzt, können wir es schaffen, Wirtschaftswachstum von Energieverbrauch vom CO₂-Ausstoß zu entkoppeln. Kurz gesagt: Klimafreundliches Wirtschaftswachstum ist möglich.

Was würden Sie einer Gemeinde raten? Auf welche Energiearten soll sie in Zukunft setzen?

Die Gemeinden sind meiner Meinung nach deswegen so wesentlich, weil sie der erste und unmittelbarste Ansprechpartner für die Bevölkerung sind. Es gibt im kommunalen oder regionalen Bereich großes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien und auch für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen – ein gutes Beispiel für einen gesamthaften Ansatz ist die Gemeinde Güssing im Burgenland. Über den Klimafonds versuchen wir die kommunalen Entscheidungsträger noch besser zu informieren und zu beraten. Und wie schon gesagt: Für ganz wesentlich halte ich Energieeffizienz. Und das betrifft alle Bereiche, vom Fuhrpark bis zu den öffentlichen Gebäuden. Nicht vergessen sollte man auf den öffentlichen Verkehr. Da kann man oft mit kleinen Maßnahmen viel erreichen. Zum Beispiel, indem Gemeinden die Fahrradwege zu den Bahnhöfen verbessern und dort gemeinsam

mit den Verkehrsbetrieben für zeitgemäße, sichere Abstellplätze sorgen. Wir entwickeln im Klimafonds gerade eine neue Initiative, bei der es darum geht, neue Technologien verstärkt und frühzeitig zur Anwendung in den Kommunen zu bringen.

Einer der Schwerpunkte Ihrer Förderpolitik ist Umwelt und Energie, wo österreichische Betriebe Spitze sind. Was müssen wir tun, um diese Spitzenposition zu halten?

Der Schlüssel ist für mich Forschung und Technologieentwicklung. So, oder besser gesagt: nur so wird es uns gelingen, die vorhandenen Potenziale zu nutzen. Wir wissen, dass wir den derzeitigen Endenergieverbrauch um ein Viertel senken können. Also dass wir mit deutlich weniger Energieverbrauch mehr bewegen können. Deshalb haben wir die Mittel für die Energieforschung seit 2007 beinahe verdreifacht. Von 30 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 87 Millionen Euro 2009 und 2010. Das BMVIT stellt hier mit 55 Millionen Euro fast zwei Drittel davon zur Verfügung. Und wir setzen auf die richtigen Schwerpunkte. Die großen Energieforschungsthemen liegen in den Bereichen E-Mobilität, intelligente Stromnetze, effiziente Endverbraucher-technologien, Gebäude-

de wie zum Beispiel das Plus Energie-Haus, energieeffiziente Produktionstechnologien und erneuerbare Energien, also Solarthermie, Photovoltaik, Biogas, Windkraft, Geothermie.

Die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, investieren viel in die Ausbildung – Stichwort Lehrlinge. Wie können diese KMU von den Forschungsausgaben profitieren? Oder wohin müssen sie sich wenden, um daran zu partizipieren?

Zentraler Ansprechpartner für KMU ist hier die FFG – die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, die unsere unternehmensbezogenen BMVIT-Förderungen abwickelt. Ich bin überzeugt, dass Innovation in allen Unternehmensbereichen immer wichtiger wird. Mit Forschung und Entwicklung erreicht man den technologischen Vorsprung, der am Markt entscheidend ist. Deswegen unter-
nimmt mein
Ressort in

der Forschungsförderung so viel, um gerade die Kleinen und Mittleren Unternehmen für F&E zu gewinnen. Das reicht vom Innovationsscheck bis zum KMU-Offensive Quick-Start, mit der wir seit letztem Herbst mehr als 200 Projekte von KMU verstärkt unterstützt haben. Von allen Unternehmen, die direkte Forschungsförderung bekommen, sind heute schon gut drei Viertel KMU.

Das Wort „Forschungsausgaben von heute schaffen die Arbeitsplätze von morgen“ stammt ja von Ihnen. Im internationalen Vergleich hinkt Österreich aber bei den Ausgaben für Forschung nach. Sind Sie mit der momentanen Situation zufrieden oder könnte es besser sein?

Dass wir bei den Forschungsausgaben nachhinken, dem muss

Die großen Energieforschungsthemen liegen unter anderem in den Bereichen E-Mobilität und erneuerbare Energien.

ich widersprechen. Denn unter den 27 EU-Staaten ist Österreich mit seiner Forschungsquote, also mit den Forschungsausgaben im Verhältnis zum BIP, an drittbesten Stelle. Kaum ein anderes Land in Europa hat so eine dynamische Entwicklung hingelegt wie wir in den letzten Jahren. Aber natürlich ist es so, dass die Budgetkonsolidierung eine ähnliche Steigerung der öffentlichen Mittel wie in den letzten Jahren nicht erlaubt. Wir müssen deshalb jedenfalls schauen, dass wir das Niveau halten und, was mir besonders wichtig ist, dass wir noch mehr aus jedem Förder-Euro heraus-

„Wir haben die Mittel für die Energieforschung seit 2007 beinahe verdreifacht. Von 30 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 87 Millionen Euro 2009 und 2010. Das BMVIT stellt hier mit 55 Millionen Euro fast zwei Drittel davon zur Verfügung.“
Doris Bures zur Förderpolitik im Umwelts und Energiesektor.



holen, also die Effizienz weiter steigern.

Umweltminister Berlakovich hat seine Vision von der energieautarken Gemeinde schon öfter betont. Ihr Ministerium trägt ja auch einen Teil des Budgets des Klimafonds, der diese Vision unterstützt. Wäre es nicht sinnvoll, die Kompetenzen in einer Hand zu vereinen?

Im Klimafonds gibt es ja an sich eine recht übersichtliche Aufgabenverteilung. Während der Landwirtschaftsminister sich eher um traditionelle Umweltförderung bemüht, setzt mein Ressort auf die echten Zukunftsthemen wie Energieforschung oder mit der Elektromobilität auf die Mobilität von morgen. In dem Sinn ist auch die Kompetenzverteilung kein Problem, weil wir gemeinsam die gesamte Innovationskette, vom Forschungsprojekt bis zur Markteinführung, abdecken können.

Eine Schwenk zu anderen Themen, die die Leser in den Gemeinden interessieren werden: Wann dürfen die Gemeinden wieder uneingeschränkt mit eigener Radarüberwachung für mehr Sicherheit vor Schulen und Altenheimen sorgen? Wie Sie wissen, war und bin ich in dieser Frage immer gesprächsbereit. Wichtig ist jetzt einmal, dass sich die Gemeinden mit den Ländern auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen.

Thema Bahnübersetzungen. Nach den Vorfällen zu Jahresbeginn hieß es, dass die Verordnung überarbeitet wird. Wann ist damit zu rechnen und wie soll es denn für die Gemeinden weitergehen? Unabhängig von der Verordnung haben wir eine Novelle zum Eisenbahngesetz beschlossen. Da-

Wichtig ist jetzt einmal, dass sich die Gemeinden mit den Ländern auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen.

... über das Thema Radarüberwachung durch Gemeinden

mit ist es seit dem Frühjahr jetzt erstmals möglich, dass auch Eisenbahnkreuzungen mit Rotlichtkameras überwacht wer-



Fotos: BMVIT / Peter Rigaud

„Die Post AG hat ganz klare Informationspflichten und die Auflage, im Zusammenwirken mit der Gemeinde alternative Lösungen zu suchen.“ Doris Bures über das Postmarktgesetz und Gemeindeclagen.

den. Und bei der geplanten Verordnung werden wir ganz neue Wege beschreiten, damit man die technisch neusten Entwicklungen zum Einsatz bringen kann. Das erhöht die Sicherheit und bleibt kostenmäßig trotzdem im Rahmen. Man muss aber festhalten, dass das eine gemeinsame Verantwortung von Schiene und Straße ist.

Der Innovationsmotor und Wirtschaftsfaktor Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) bestimmt ja anerkannterweise auch über Arbeitsplätze und Standortqualität. Was sagen Sie zum

Schlagwort „Technologiepolitik ist Wirtschaftspolitik“?

Das halte ich uneingeschränkt für richtig. Österreich wird sich im internationalen Standortwettbewerb nicht mit Niedriglöhnen, sondern mit Hochtechnologie bewähren. Es gibt etliche Bereiche, wo wir Technologieführer sind. Nehmen Sie nur die Gebäudetechnologie: Österreich hat die höchste Passivhausdichte welt-

weit, mit 3,2 Millionen Quadratmeter Nutzfläche in Passivhausstandard, das ist fast die Hälfte der europaweiten sieben Millionen Quadratmeter. Jeder dritte in Europa verbaute Sonnenkollektor wird in Österreich hergestellt. Die Exportquoten österreichischer Umwelttechnik-Unternehmen sind enorm hoch, eben weil es diesen Technologievorsprung gibt. Und das ist ein direktes Ergebnis von jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Und mit der F&E-Offensive für die Elektromobilität hat mein Ressort eine echte Aufbruchsstimmung in der gesamten Branche ausgelöst. Österreichische Automobilzulieferer sind im Bereich E-Mobilität im europäischen Spitzenfeld. Eine Querschnittsmaterie sind immer Informations- und Kommunikationstechnologien. Es ist kein Zufall, dass IKT einer der großen Forschungsschwerpunkte ist, wo mein Ressort in Summe bis zu 100 Millionen Euro jährlich investiert.

Ein Reizthema für die Gemeinden ist das Postmarktgesetz. Viele Kommunen beschwerten sich vor allem darüber, dass sie trotz einer gesetzlichen Vorgabe nicht in die Schließungsverfahren eingebunden sind. Wie stehen Sie als oberste Postbehörde zu diesen Vorwürfen?

Wie Sie es ja selbst sagen, sind die gesetzlichen Vorschriften eindeutig und streng. Die Post AG hat ganz klare Informationspflichten und die Auflage, im Zusammenwirken mit der Gemeinde alternative Lösungen zu suchen. Dass die Post diese Pflichten einhält, wird durch die unabhängige Post-Control-Kommission im Rahmen der Verfahren überprüft. Generell haben wir im Postmarktgesetz für eine sehr weitgehende Einbindung der Gemeinden gesorgt. Denn der Post-Control-Kommission steht zur Beratung der Postgeschäftsstellenbeirat zur Verfügung, in dem Vertreter von Gemeindebund, Städtebund und der Verbindungsstelle der Bundesländer entsandt werden.

Auf www.kommunal.at finden Sie das vollständige Interview mit Technologieministerin Doris Bures zum Nachlesen.